

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz (16. Ausschuss)

**zu dem Antrag der Fraktion der CDU/CSU
– Drucksache 20/2341 –**

Bewusste Kaufentscheidungen fördern – Verlässliche und relevante Verbraucherinformation stärken

A. Problem

Die Initianten haben einen Antrag eingebracht, mit dem der Deutsche Bundestag die Bundesregierung dazu auffordern soll, auf nationaler und auf europäischer Ebene eine Reihe von Maßnahmen anzustoßen bzw. zu ergreifen, die allesamt das Ziel verfolgen, verlässliche und relevante Verbraucherinformationen zu stärken, um bewusste Kaufentscheidungen zu fördern.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und AfD bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE.

C. Alternativen

Annahme des Antrags.

D. Kosten

Wurden im Ausschuss nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 20/2341 abzulehnen.

Berlin, den 21. September 2022

Der Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz

Harald Ebner
Vorsitzender

Nadine Heselhaus
Berichterstatterin

Volker Mayer-Lay
Berichterstatter

Tabea Rößner
Berichterstatterin

Muhanad Al-Halak
Berichterstatter

Jürgen Braun
Berichterstatter

Amira Mohamed Ali
Berichterstatterin

Bericht der Abgeordneten Nadine Heselhaus, Volker Mayer-Lay, Tabea Rößner, Muhanad Al-Halak, Jürgen Braun und Amira Mohamed Ali

I. Überweisung

Der Antrag auf **Drucksache 20/2341** wurde in der 44. Sitzung des Deutschen Bundestages am 23. Juni 2022 zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz sowie zur Mitberatung an den Rechtsausschuss, den Wirtschaftsausschuss, den Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft, den Ausschuss für Gesundheit, den Verkehrsausschuss, den Ausschuss für Digitales und den Ausschuss für Klimaschutz und Energie überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Der Antrag beinhaltet im Wesentlichen, dass der Deutsche Bundestag die Bundesregierung dazu auffordern soll, auf nationaler und auf europäischer Ebene eine Reihe von Maßnahmen anzustoßen bzw. zu ergreifen, die allesamt das Ziel verfolgen, verlässliche und relevante Verbraucherinformationen zu stärken, um bewusste Kaufentscheidungen zu fördern. Dazu unterbreiten die Antragsteller einen umfangreichen Forderungskatalog.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Rechtsausschuss** hat in seiner 23. Sitzung am 21. September 2022 mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und AfD bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. empfohlen, den Antrag auf Drucksache 20/2341 abzulehnen.

Der **Wirtschaftsausschuss** hat in seiner 18. Sitzung am 21. September 2022 mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und AfD bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. empfohlen, den Antrag auf Drucksache 20/2341 abzulehnen.

Der **Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft** hat in seiner 15. Sitzung am 21. September 2022 mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und AfD bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. empfohlen, den Antrag auf Drucksache 20/2341 abzulehnen.

Der **Ausschuss für Gesundheit** hat in seiner 34. Sitzung am 21. September 2022 mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. empfohlen, den Antrag auf Drucksache 20/2341 abzulehnen.

Der **Verkehrsausschuss** hat in seiner 17. Sitzung am 21. September 2022 mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und AfD bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. empfohlen, den Antrag auf Drucksache 20/2341 abzulehnen.

Der **Ausschuss für Digitales** hat in seiner 16. Sitzung am 21. September 2022 mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und AfD bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. empfohlen, den Antrag auf Drucksache 20/2341 abzulehnen.

Der **Ausschuss für Klimaschutz und Energie** hat in seiner 31. Sitzung am 21. September 2022 mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und AfD bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. empfohlen, den Antrag auf Drucksache 20/2341 abzulehnen.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz hat den Antrag auf Drucksache 20/2341 in seiner 18. Sitzung am 21. September 2022 abschließend beraten.

Die **Fraktion der CDU/CSU** stellte ihren Antrag vor und erklärte, man habe sich einerseits eingehend mit Praxisfragen bei der Anwendung von Verbraucherrechten befasst, andererseits aber vor allem auch mit Mängeln bei der Verbraucherinformation. Grundsätzlich sehe die CDU/CSU-Fraktion durchaus Schnittmengen mit der Koalitionsvereinbarung der aktuellen Regierungskoalition. Allerdings habe man bislang außer Ankündigungen leider noch keine großen Fortschritte in diese Richtung erkennen können. Zentral sei beispielsweise die Forderung nach einer umfassenden und verbindlichen nationalen Herkunftskennzeichnung für Lebensmittel. Hier sehe man nicht nur die Möglichkeit einer besseren Information für die Verbraucherinnen und Verbraucher, sondern tatsächlich auch Chancen für heimische Produkte, die oftmals im internationalen Vergleich höhere Produktionsstandards und damit höhere Preise hätten. Durch klare Kennzeichen könnten sie sich besser auf dem Markt durchsetzen. Eine weitere Kernforderung sei der Schutz vor irreführenden Werbeversprechen. Auch im Internet seien Verbraucherinnen und Verbraucher oftmals Täuschungsversuchen ausgeliefert. So gebe es die bekannten Fake-Bewertungen im Online-Handel oder verhaltenssteuernde Taktiken sowie verzerrende Informationen auf Internetseiten. Auch sehe der Antrag Pflichtinformationen mittels QR-Code auf dem Produkt vor. Hierdurch könne nicht nur Verpackungsmaterial mit kleingedruckten, kaum lesbaren Informationen eingespart werden, sondern auch die Information breiter lesbar und verbraucherfreundlicher gestaltet werden.

Die **Fraktion der SPD** nahm den Antrag der CDU/CSU-Fraktion mit Verwunderung zur Kenntnis. Er enthalte Forderungen, die in der Vergangenheit stets am Widerstand der CDU/CSU-Fraktion gescheitert seien. Deswegen könne man den Antrag nicht wirklich ernst nehmen. Verbraucherschutz habe der SPD-Fraktion schon immer am Herzen gelegen. Der Bundesverband der Verbraucherzentralen habe dem Koalitionsvertrag von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP grundsätzlich ein positives Urteil ausgestellt. Diesen werde die Koalition umsetzen. Einiges sei schon längst auf den Weg gebracht – beispielsweise die Erhöhung der Bundesmittel für die Schuldnerberatung und die stärkere Förderung der Energieberatung durch die Verbraucherzentralen. Die Einführung eines Rechts auf Reparatur werde derzeit vorbereitet. Auch die an Kinder gerichtete Werbung für ungesunde Lebensmittel werde die Koalition angehen. Man werde den Antrag der CDU/CSU-Fraktion also ablehnen und sich darauf konzentrieren, das umzusetzen, was im Koalitionsvertrag vereinbart worden sei.

Die **Fraktion AfD** zeigte sich ebenfalls erstaunt über den Antrag der CDU/CSU-Fraktion zum Verbraucherschutz, zumal die Union 16 Jahre an der Regierung gewesen sei und insofern genug Zeit gehabt hätte, diesen Forderungskatalog umzusetzen. Insgesamt tue man sich aber schwer mit Kritik, weil einige Forderungen deckungsgleich mit denen der AfD-Fraktion seien. Positiv an dem Antrag hervorzuheben sei, dass dort das Thema Fleischersatzstoffe bei veganen Lebensmitteln besonders adressiert werde. Bei veganen Lebensmitteln, die zurzeit sehr in Mode seien, würden oftmals minderwertige Ernährungsbestandteile verpresst, die oftmals zudem stark gesalzen und gepökelt seien. Es handele sich dabei also keineswegs um durchweg hochqualitative Lebensmittel. Solche Produkte wären noch vor einigen Jahren unter dem Titel Verbrauchertäuschung thematisiert worden. Insgesamt finde man den Antrag aber gut und werde an dieser Stelle zustimmen.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** war überrascht, dass die CDU/CSU-Fraktion nun ihr Herz für den Verbraucherschutz entdeckt habe. Einige der Forderungen stünden dem, was die Union in Regierungsverantwortung tatsächlich gemacht habe, diametral entgegen. Sie hielt der CDU/CSU-Fraktion vor, das Thema Verbraucherschutz nicht richtig durchdrungen zu haben. Verbraucherschutz erschöpfe sich nicht nur darin, die Informationen für Verbraucherinnen und Verbraucher zu verbessern. Tatsächlich gehe es um wirklichen Schutz und damit auch um Regulierung. Die CDU/CSU wälze mit ihren Forderungen im Ergebnis immer wieder die Verantwortung auf die Verbraucherinnen und Verbraucher ab. Beispielsweise müsse es beim digitalen Produktpass darum gehen, die Hersteller in die Pflicht zu nehmen und darum, die Lieferketten und die Inhaltsstoffe überprüfbar zu machen. Das gleiche gelte für das Nachhaltigkeitsiegel. Hier brauche es zusätzlich Berichtspflichten, damit sich die Verbraucherinnen und Verbraucher auch wirklich auf dieses Siegel verlassen könnten. Wenn man Standards anlege, müssten diese auch tatsächlich durchsetzbar sein. Die Fraktion kündigte daher an, dem Antrag nicht zuzustimmen.

Die **Fraktion DIE LINKE**, bewertete es grundsätzlich als positiv, dass die CDU/CSU-Fraktion nun das Thema Verbraucherschutz für sich entdeckt habe. In der Tat gebe es nach wie vor große Probleme im Bereich des Verbraucherschutzes: irreführende Verpackungsgrößen, Fake-Bewertungen im Internet, ein undurchschaubarer Dschungel an Labels und eine unzureichende Nutzung der Verbraucherrechte seien hier wichtige Stichworte. Es gebe also genug zu tun für die neue Bundesregierung. Die Richtung des vorgelegten Antrags stimme, allerdings beschränke sich dieser an vielen Stellen zu sehr auf eine Problembeschreibung. Es bleibe unklar, was konkret geschehen müsse. Die von der CDU/CSU-Fraktion geforderte Offenlegung von Preisbestandteilen von Kraftstoffen erhöhe zwar die Information, bringe aber den Verbraucherinnen und Verbrauchern erstmal keinen Mehrwert. Die Fraktion kündigte daher an, sich zu enthalten.

Die **Fraktion FDP** erklärte, der Antrag enthalte sicherlich den einen oder anderen diskussionswürdigen Vorschlag. Allerdings seien die enthaltenen Forderungen in sich nicht stringent bzw. nicht sinnhaft aufeinander abgestimmt. So bemängle die CDU/CSU-Fraktion eingangs ein kaum durchschaubares Nebeneinander zahlreicher Siegel und Kennzeichen, nur um im nächsten Satz zu kritisieren, dass die Ausweitung der Herkunftskennzeichnung bei Lebensmitteln vor dem Hintergrund der Harmonisierung mit Brüssel noch nicht vorliege. Vielmehr brauche es klare Leitplatten, um den Verbraucherschutz nachhaltig zu stärken. Vor allem im digitalen Bereich müsse man heute kluge und vor allem vorausschauende Regelungen schaffen. Es bedürfe eines konzertierten Ansatzes, der auch mit dem EU-Binnenmarkt und den europäischen Partnern abgestimmt sei. Hierzu werde es am 23. September 2022 bei der Konferenz der EU-Verbraucherminister Gelegenheit geben. Das sei der richtige Weg.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz** beschloss mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und AfD bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. zu empfehlen, den Antrag auf Drucksache 20/2341 abzulehnen.

Berlin, den 21. September 2022

Nadine Heselhaus
Berichterstatterin

Volker Mayer-Lay
Berichterstatter

Tabea Rößner
Berichterstatterin

Muhanad Al-Halak
Berichterstatter

Jürgen Braun
Berichterstatter

Amira Mohamed Ali
Berichterstatterin

